



-

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

27. Sitzung (öffentlich)

09. November 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD) (TOPs 1 - 10, 11 und 12 teilweise sowie 13, 14 und 15)

Bernhard Tenhumberg (CDU) - stellv. (TOPs 11 und 12 jeweils teilweise)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnis:

1	Aktuelle Viertelstunde	7
	Probearbeit und Aushilfe von Jobcentern beim Internethändler Amazon	
	Auf Antrag der SPD-Fraktion	
	– Michael Scheffler (SPD) zur Antragsbegründung	7
	– Minister Guntram Schneider (MAIS) berichtet	8
	– Aussprache	8

2 Gesetz zur Änderung des Landesaltenpflegegesetzes 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2436

in Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung über die Erhebung von Ausgleichsbeträgen zur Finanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege (Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung - AltPflAusgIVO)

Vorlage 15/778

Stellungnahme 15/996 zu Stellungnahme 15/955

Ausschussprotokoll 15/298

– Aussprache

12

3 Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise intergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie 16

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/484

Vorlage 15/257, Vorlage 15/474

Ausschussprotokoll 15/236

– Aussprache

16

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP wird in der Fassung des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen, der FDP und der Linken gegen das Votum der CDU-Fraktion angenommen. – Eine Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung für das November-Plenum wird erfolgen.

- 4 Mehr Gesundheit für Jungen und Männer! 17**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1197
- Ausschussprotokoll 15/287
- Aussprache 17
- 5 Organspende - positive Entwicklung der Transplantationen in NRW muss gefördert werden 20**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1315
- Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2871
- Vorlage 15/822
- Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1315 wird in der Fassung des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU, der SPD, und Bündnis 90/Die Grünen, der noch eine Drucksachenummer erhalten wird, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE bei Enthaltung der Fraktion der FDP einstimmig angenommen.
- Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP 15/2871 wird mit Stimmenmehrheit der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen bei Enthaltung durch die Fraktion der Linken gegen das Votum der Fraktion der FDP abgelehnt.
- Aussprache 20
- 6 Rechnerische Fehler in der Pflegenotenstatistik 21**
- Zuschrift 15/300
Vorlage 15/934
- Aussprache 21

- 7 Neuinfektionen von Masern 22**
- Vorlage 15/935
- Aussprache 22
- 8 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen 24**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2775
- Ausschussprotokoll 15/303
- in Verbindung mit:
- Bei der Verteilung der Bundesmittel an den Kosten für Bildung und Teilhabe die Anzahl der berechtigten Kinder berücksichtigen**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1691
- Der AGSI stimmt ab und empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf in der zweiten Lesung im Plenum ohne weitere Aussprache anzunehmen.
- Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1691 wird bis zum ersten Quartal 2012 geschoben, damit dann anhand der vom Ministerium ermittelten Zahlen eine erneute Befassung mit dem Antrag erfolgen kann.
- 9 Kosten der Unterkunft: Die Landesregierung darf nicht zu einer betroffenenfeindlichen Ausführung des § 22 SGB II auffordern 25**
- Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1911
- Vorlage 15/862
- Aussprache 25
- Die Forderung unter 1. – Stichwort: Ministerielle Arbeitshilfe ändern – wird mit Stimmenmehrheit der Fraktionen der SPD,

der Grünen, der CDU und der FDP gegen das Votum der Fraktion der Linken abgelehnt.

Die Forderung unter 2. – Stichwort: Mindestanspruch – wird mit Stimmenmehrheit der Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP gegen das Votum der Fraktion der Linken abgelehnt.

Die Forderung unter 3. - Stichwort: Verzicht auf Satzungsermächtigung – wird mit Stimmenmehrheit der Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP gegen das Votum der Fraktion der Linken abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 15/1911 mit Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP gegen das Votum der Fraktion der Linken abgelehnt.

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 10 | Den Kommunen einen verlässlichen Rahmen für die schulische Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geben! | 28 |
| | Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1793 | |
| | – Aussprache | 28 |
| 11 | Verfassungsrechtliches Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung zu Hartz-IV | 29 |
| | Vorlage 15/930 | |
| | – Aussprache | 29 |
| 12 | Aktuelle Situation im Arbeitsschutz | 31 |
| | Vorlage 15/931 | |
| | – Minister Guntram Schneider (MAIS) berichtet | 31 |
| | – Aussprache | 32 |

13	Bericht zur Evaluierung des Ladenöffnungsgesetzes (LÖG)	34
	Vorlage 15/824	
	Vorlage 15/922	
	– Aussprache	34
14	Stand der Planungen weiterer Plätze in den Werkstätten für Behinderte in NRW	35
	Vorlage 15/932	
	– Aussprache	35
15	Verschiedenes	37
	– siehe Diskussionsteil	

8 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2775

Ausschussprotokoll 15/303

in Verbindung mit:

Bei der Verteilung der Bundesmittel an den Kosten für Bildung und Teilhabe die Anzahl der berechtigten Kinder berücksichtigen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1691

Ausschussvorsitzender Günter Garbrecht erinnert an die einschlägige Anhörung des Ausschusses. Seitens der angehörten Institutionen habe es durchweg Zustimmung gegeben. Auch aus der Mitte des Ausschusses ergäben sich keine Wortmeldungen.

Der AGSI stimmt ab und empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf in der zweiten Lesung im Plenum ohne weitere Aussprache anzunehmen.

Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1691 wird bis zum ersten Quartal 2012 geschoben, damit dann anhand der vom Ministerium ermittelten Zahlen eine erneute Befassung mit dem Antrag erfolgen kann.

